



Haushaltsrede von Landrat Dr. Matthias Neth  
zur Einbringung des Haushaltes 2018  
im Kreistag am 06.11.2017

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

jährlich um diese Zeit stellen wir Ihnen den Haushaltsentwurf des kommenden Jahres vor – auch in diesem Jahr war die Haushaltsaufstellung des Haushaltsjahres 2018 geprägt von einigen Unbekannten. Es gilt aber auch in diesem Jahr:

*„Es ist nicht unsere Aufgabe, die Zukunft vorher zu sagen, sondern gut auf sie vorbereitet zu sein.“*

Das Zahlenwerk wird Ihnen Kämmerer Herr Schellmann in allen Details darlegen. Vorangestellt an dieser Stelle ein besonderer Dank an Herrn Schellmann und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung des Haushaltsentwurfs. Es ist der erste Haushaltsentwurf unter neuer Führung des Kämmerers und der Kämmererinnenleiterin. Ich darf Ihnen verraten, dass die Abstimmungen im Haus gut funktioniert haben und wir in meinen Augen einen sehr guten Haushaltsentwurf einbringen können.

Der Haushaltsplan ist jedoch weitaus mehr als nur ein Zahlenwerk – er liefert eine Bestandsaufnahme der Situation unseres Landkreises und bezeichnet die Aufgaben für die kommenden Monate und Jahre. Er beziffert nicht nur unsere Einnahmen und Ausgaben, er stellt unsere „To-do-Liste“ für die Zukunft auf.

Ich möchte daher bei der diesjährigen Einbringung – wie Sie es inzwischen kennen – weniger auf die große weltpolitische Lage eingehen, sondern einen Überblick über unsere wesentlichen Investitionen geben und die Themen benennen, welche uns im Jahr 2018 und darüber hinaus beschäftigen werden.

Wie Sie wissen, bin ich nun 4 Jahre hier im Amt. Wir haben in diesen 4 Jahren vieles angepackt – dass wir so viele Themen auf einmal anpacken müssen, hat wohl keiner vor vier Jahren erwartet. Wir sehen aber, dass es richtig ist, die Themen anzugehen, auch wenn der Kreistag und die Verwaltung Entscheidungen treffen mussten, die sicherlich nicht einfach waren bzw. sind. Ich freue mich, dass unser Kurs belohnt wird. In verschiedenen Bereichen stellen wir fest, dass sich unser Engagement und unsere Veränderungsbereitschaft auszahlen.

## **1. Krankenhaus**

Das Thema, das uns alle – Kreistag und Verwaltung – in der letzten Zeit am meisten umgetrieben hat, ist sicherlich die Neuausrichtung der Hohenloher Krankenhaus gGmbH. Da wir uns mitten im Markterkundungsverfahren befinden, möchte ich an dieser Stelle keine Aussage zu einer zukünftigen Struktur treffen.

Einige Punkte möchte ich allerdings klar sagen:

1. Wir nehmen bei der Hohenloher Krankenhaus GmbH nun eine Strukturveränderung vor, welche sich schon seit vielen Jahren abzeichnet hat. Sie waren als Kreistag schon früh veränderungsbereit, sei es mit dem Regionalklinikum oder den weitreichenden Beschlüssen zur Restrukturierung vor nunmehr fast 10 Jahren. Es war Ihnen schon lange klar, dass Veränderungen auf uns zukommen. Dem Klinikbericht 2016 der BWKG können Sie entnehmen, dass landesweit die Patientenzahlen steigen, die Zahl der Planbetten aber kontinuierlich sinkt. In den letzten 10 Jahren sind 30 Krankenhausstandorte – das sind mehr als 10 % Prozent aller Standorte in Baden-Württemberg – geschlossen worden. Der Konzentrationsprozess ist also keiner, den sich Kreistag und Landrat im vergangenen Jahr ausgedacht haben und wir müssen diesen durchaus schmerzlichen Schritt gehen.
2. Der Neubau in Öhringen und die von Ihnen beschlossene Annahme der Förderung des Landes ist wahrscheinlich die letzte Chance, um eine stationäre Krankenhausversorgung im Hohenlohekreis überhaupt in die Zukunft zu führen. Nur vor diesem Hintergrund hat das Land Baden-Württemberg überhaupt die Strukturförderung möglich gemacht. Dazu verweise ich auf das Landtagsprotokoll der Fragstunde zum Thema Krankenhausstrukturen aus dem Oktober 2017. Hier wird die Ausrichtung der Krankenhauspolitik des Landes klar beschrieben. Sie konnten den Medien entnehmen,

dass das Land in den nächsten Jahren die Fördermittel auf dieser Höhe nicht wird halten können. Ich bin daher froh, dass wir in diesem Jahr die Förderzusage erhalten haben. Es wird weiterhin unsere Aufgabe sein, auch ein breites medizinisches Angebot am Standort Künzelsau nach der Beendigung der akutstationären Versorgung zu sichern. Die Untersuchungen von PWC, welche gemeinsam mit der Stadt entwickelt wurden, bieten hier eine erste Grundlage.

3. Vor dem Hintergrund der Konkurrenzsituation in der direkten Umgebung und dem Nutzungsverhalten der Bevölkerung ist die eigentliche Frage, ob wir in der Lage sind, fachlich, personell und finanziell den Standort Öhringen in die Zukunft zu führen. Die aktuellen Zahlen stimmen mich – ganz vorsichtig – optimistisch. Für den Standort Öhringen sehen wir in wichtigen Bereichen recht erfreuliche Zahlen. Entscheidungen, selbst wenn Sie hart sind, sind manchmal nötig, wenn man am Ende das Beste erreichen will. Am Ende des Tages wird es unsere Herausforderung sein, eine sehr gute Qualität in Öhringen zu halten. Dann – aber auch nur dann – wird dieser Standort auch wirtschaftlich in die Zukunft geführt werden können.
4. Ich danke Ihnen als Kreistag für die Geschlossenheit in der Frage. Ich weiß, dass die Entscheidungen auch Ihnen nicht leicht gefallen sind. Einige von Ihnen mögen auch noch immer eine abweichende Haltung haben. Einige Mitglieder dieses Kreistags wurden massiv verbal angegriffen. Ich bedaure dieses. Diese Art der politischen Auseinandersetzung scheint auch bei uns nicht zu verhindern sein.
5. Die Entscheidungen sind getroffen. Der Landeskrankenhausplan ist nun geändert. Es gilt jetzt an die Umsetzung zu gehen. Unabhängig von der zukünftigen Partnerschaft müssen wir nun das Bauvorhaben in Öhringen voran bringen, die Konzeption für die zukünftige Versorgung in Künzelsau entwickeln. Eines muss uns klar sein: das Thema Krankenhaus wird uns weiterhin sehr viel Geld kosten. Ein Blick in die anderen Landkreise zeigt dies sehr klar. Momentan gehen wir im Finanzplanungszeitraum von ca. 30 Mio. Euro Kreisgeld aus. Auch über den Finanzplanungszeitraum hinaus werden wir Gelder setzen müssen. Im Haushalt 2018 haben wir einen Ergebnisausgleich i. H. v. 5 Mio. € vorgesehen. Die

Zuschüsse des Landkreises für das laufende Jahr mussten von der Geschäftsführung in Teilen schon im Oktober abgerufen werden. Ohne Kreiszuschuss wäre die HK schlichtweg insolvent. Wenn man nun noch den schlechten Gebäudezustand und den Investitionsrückstand rechnet, sind wir sehr spät dran mit unseren Veränderungen. Gleichwohl hat die Geschäftsführung mit einstimmigen Aufsichtsratsbeschluss entschieden, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche in der Anstellungsordnung bei HK beschäftigt sind, vor allem im Hinblick auf Weihnachtsgeld und Stufenanpassungen gleiche Verhältnisse zu schaffen, wie bei unseren Tarifvertragsbeschäftigten. Dies ist eine richtige Entscheidung, auch wenn sie erneut kommunales Geld kosten wird. Über viele Jahre haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei HK durch Gehaltsverzicht die roten Zahlen klein gehalten. Gerade aber im Bereich Pflege und bei den Mangelberufen im Gesundheitswesen kann das aber nicht unsere Antwort sein. Vielmehr müssen wir solche Strukturen für die Arbeit vorgeben, damit regulär bezahlt werden kann. Und diese Strukturveränderungen haben wir eben jetzt angepackt, sie müssen ihre Wirkungen aber noch entfalten.

## **2. Abfallwirtschaft und Klimaschutz**

Auch in der Abfallwirtschaft haben wir tiefgreifende Veränderungen auf den Weg gebracht. Ich denke nur an die Entscheidung zum Wiederbetrieb der Deponie samt Abdeckung des bisherigen Deponiegeländes und die Einführung der Bioenergietonne. Im vergangenen Jahr mussten wir die Gebühren deutlich erhöhen. Die Entscheidungen in der Sache waren richtig und die Gebührenerhöhung hat ihre gewünschte Wirkung gezeigt.

Allerdings weist die Bilanz weiterhin Altverluste aus, welche wir abarbeiten müssen. Auch sehen wir eine Menge Aufgaben vor uns – z.B. bei den Grüngutplätzen und den Recyclinghöfen – die sehr viel Geld kosten werden. Auch im Hinblick auf die Deponie haben wir erhebliche Bilanzrisiken. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, dass diese Risiken nicht eintreten, sondern wir gebührenfinanziert unseren Aufgaben in Beltersrot nachkommen. Vor dem Hintergrund der Aufgabenfülle in der AWH befürworte ich auch Ihren Prüfauftrag aus dem VWV, die Gebühren im Jahr 2018 nicht nur um – wie von der Verwaltung ursprünglich vorgeschlagen – 2,9 % zu erhöhen, sondern eine höhere Gebührenanpassung zu prüfen. Wir werden in der heutigen Sitzung hierzu Beschluss fassen.

Ich möchte der AWH ausdrücklich dafür danken, dass wir auf der Deponie durch die regelmäßigen Informationsveranstaltungen eine neue Sachlichkeit erzielen konnten. Ich denke, dass wir hier bei der Bevölkerung ein gewisses Verständnis für unsere Maßnahmen erzielen konnten. Wir wollen hier am Ball bleiben, denn wir alle wissen, dass das Thema Deponie uns noch über viele Jahre beschäftigen wird.

In Sachen Klimaschutz konnten wir das Klimaschutzkonzept als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe zugleich im Entwurf fertig stellen und werden dies nach weiteren Feinabstimmungen in einer der nächsten Sitzungen dem Gremium vorstellen. In acht Bürger-Workshops und mehreren Sitzungen des Klima-Beirates wurde eine Fülle an Einzelmaßnahmen für den Kreis entwickelt. Den vielen ehrenamtlichen Mitwirkenden möchte ich an dieser Stelle schon ein herzliches Dankeschön sagen. Das Thema werden wir auch 2018 weiter bearbeiten, da auch wir selbstverständlich langfristig unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten wollen.

### **3. Soziales und Asyl**

Lassen Sie mich zum Thema Soziales und Asyl kommen. Nach der großen Anzahl von Flüchtlingen, die der Hohenlohekreis im Zeitraum von September 2015 bis April 2016 aufgenommen und untergebracht hat, hat sich die Situation mittlerweile entspannt. Im Jahre 2017 wurden bislang insgesamt 128 Personen dem Hohenlohekreis zugewiesen und sind im Rahmen der vorläufigen Unterbringung in den Gemeinschaftsunterkünften des Kreises untergebracht worden. Aktuell befinden sich 355 Personen in den Unterkünften des Hohenlohekreises.

Derzeit verfügt der Landkreis noch über 28 Gebäude zur Unterbringung. Hiervon befinden sich 5 Gebäude sowie eine Containeranlage im Eigentum des Kreises (Waldenburg, Schöntal, zweimal Neuenstein, Künzelsau, Belsenberg sowie Containeranlage Sindringen), bei den anderen 23 Gebäuden und Grundstücken ist der Landkreis Mieter. Insgesamt bieten jene Objekte für 854 Personen eine Unterbringungsmöglichkeit.

Die Flüchtlingszahlen sind derzeit rückläufig – doch keiner vermag eine verlässliche Zukunftsprognose zu treffen. Wir rechnen damit, dass sich 2018 die Zahl der zugewiesenen Asylbewerber bei ca. 300 Personen im Gesamtjahr stabilisieren wird.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit in diesem Bereich liegt daher zum Jahresende 2017 in der Auflösung und Rückgabe von nicht mehr genutzten Gemeinschaftsunterkünften. Bis zum Jahresende ist vorgesehen, dass bereits 497 Plätze (22 Gebäude) aufgegeben werden. Durch die rückläufigen Zuweisungen konnten auch im Personalbereich in 2017 bereits 17,7 Stellen beim Amt für Ordnung und Zuwanderung abgebaut werden.

Die Asylbewerber, bei denen die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, werden in die Anschlussunterbringung bei den Städten und Gemeinden des Kreises verlegt. Die nun kommenden Aufgaben müssen also von den Gemeinden getragen werden, insbesondere auch der Familiennachzug, dessen Auswirkung für uns noch unklar ist. Wir stehen hier den Gemeinden zur Seite. Über die Auswirkungen des Paktes für Integration werden wir Sie zeitnah informieren. Im Haushalt haben wir allerdings für den Pakt für Integration noch keine Ansätze getroffen, da uns zu viele Informationen fehlen.

Mit unseren Angeboten im Bereich der Integration von Flüchtlingen durch vielfältige Integrationsmaßnahmen konnten wir die Grundlagen dafür legen, dass auch in unseren Gemeinden diese Aufgabe gut gelingen kann. Mit unserem Integrationszentrum in Gaisbach sind wir landesweit beispielgebend. Auch hier zeigt sich, dass mutige Entscheidungen sich auszahlen.

Ende 2016 und Anfang 2017 haben wir durch die Brandlegungen in Pfedelbach und Neuenstein leider schmerzvoll erfahren müssen, dass der Weg von rechten und rechtspopulistischen Parolen hin zu Gewalt offensichtlich nicht weit ist. Momentan läuft das Strafverfahren gegen die beiden Angeklagten wegen der Brandstiftung in Neuenstein. Ich vertraue darauf, dass die Justiz hier ihrer Aufgabe nachkommen wird.

Wir haben als Landkreis reagiert und mit unserer Veranstaltungsreihe klar Position bezogen. Es ist meine feste Überzeugung: Brennende Unterkünfte lösen keine Probleme, sondern verschärfen diese nur. Auch wenn in der Asylpolitik nicht alles richtig läuft – es ist unsere Aufgabe als kommunale Ebene die Herausforderungen vor Ort zu lösen, dies ist in unserem Staatsaufbau ebenso vorgesehen. Und hier müssen wir zusammen halten, wie wir es als kommunale Familie in Pfedelbach und Neuenstein nach den Brandlegungen getan haben.

Ich danke ausdrücklich den ehrenamtlich Engagierten in den Städten und Gemeinden, die im Alltag der geflüchteten Menschen präsent sind und die Integration vor Ort leben. Das ist das Bild, das wir als Hohenlohekreis abgeben wollen.

Natürlich hat das Thema Integration von Flüchtlingen auch eine finanzielle Dimension für den Kreishaushalt. Ebenso wie unsere sonstigen sozialen Aufwendungen ist es unsere Aufgabe, die sich aus dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes ergibt. Im Kreishaushalt sind für den Sozialhaushalt in diesem Jahr Aufwendungen i. H. v. 73,6 Mio. Euro veranschlagt. Wir gehen von einem Nettoressourcenbedarf von 48,6 Mio. Euro aus. Dies bedeutet eine Steigerung von ca. 3 Mio. Euro Nettoressourcenverbrauch im Vergleich zum Vorjahr. Die Kostensteigerungen resultieren insbesondere aus rechtlichen Änderungen bei der Eingliederungshilfe und beim Unterhaltsvorschuss, sowie erhöhten Aufwendungen bei der Hilfe zur Erziehung, im Asylbereich und im Jobcenter.

Die Steigerungsquote liegt also bei ca. 6,6 %. Im gleichen Zeitraum ist die Gesamtwirtschaft in Deutschland nur um ca. 2 % gestiegen. Die Steuerkraft unserer Gemeinden im Hohenlohekreis hat um ca. 4 % nachgelassen. Dies muss uns doch zu denken geben: Wir sind momentan mit einer Arbeitslosenquote von unter 3 % gesegnet und trotzdem steigen unsere Sozialkosten im Landkreis aber ungefähr dreifach so hoch, wie die Wirtschaftsleistung. Der Bundesgesetzgeber hat zahlreiche Verbesserungen der sozialen Leistungen entschieden. Die von ihm vorgesehenen Kompensationen für die kommunale Ebene kommen bei uns im Landkreis aber leider nicht in dieser Form an. Die Steigerungen müssen also im Wege der Kreisumlage von den Gemeinden geholt werden. Hier bedarf es einer Nachsteuerung.

#### **4. Politischer Ausblick**

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kreisräte.

Lassen Sie mich einen weiteren Ausblick auf das Jahr 2018 wagen.

- Sie kennen die Diskussion um sogenannte Megatrends (Globalisierung, Klimawandel, Digitalisierung, neue Mobilität, demografischer Wandel), die unsere Gesellschaft nachhaltig verändern werden. Im Rahmen unsere **Kreisentwicklungs- und Strategieprogramms** beschäftigen wir uns mit einigen dieser Auswirkungen. Das gesamte Kreisentwicklungs- und Strategiekonzept ZukunftHOK soll im November 2018 dem Kreistag zur Kenntnisnahme und Zustimmung vorgelegt werden.

Auch wenn wir mit den Ergebnissen noch in der Auswertungsphase sind, kann man schon feststellen, dass die Menschen zum einen gerne und gut in unserem Landkreis leben, aber zum anderen sehr wohl auch spüren, dass in manchen Fragen der Daseinsvorsorge Herausforderungen vor uns stehen.

Genau diese Fragen – sofern sie Kreisthemen sind – werden wir auch 2018 angehen:

- Unser Investitionsschwerpunkt wird auch im Jahr 2018 bei den **Schulen** liegen. Für die Gewerbliche Schule Öhringen sehen wir für den nächsten Bauabschnitt eine Rate i. H. v. 4 Mio. Euro vor. Für die neue Mensa im Berufsschulzentrum Künzelsau planen wir 1,9 Mio. Euro ein. Das Thema Industrie 4.0 an unseren Gewerblichen Schulen ist mit 400.000 Euro geplant.
- Die übrigen Investitionen auch z.B. im Bereich **Straßen** liegen im üblichen Rahmen und entsprechen dem im Jahr 2017 verabschiedeten Kreisstraßenausbauprogramm. Auch hier liegen wir voll auf Kurs.
- Bei der **Neuaufstellung des ÖPNV** sind wir gut in unserem Zeitplan. Der Nahverkehrsplan ist heute auf der Tagesordnung. Es bleibt weiterhin unser Ziel, die Busverkehre zusammen mit unseren mittelständigen Unternehmern zu fahren. Ob uns dieses europarechtlich so möglich ist, werden wir 2018 gestalten müssen. Hier gehen wir dauerhaft von einem Kreiszuschuss i. H. v. ca. 5 Mio. Euro aus. Ob wir darüber hinaus Verbesserungen bei der Bedienqualität anstreben – Stichwort Taktung durch Rufsysteme – wird man in der Gesamtschau beantworten müssen. Auch wird uns im nächsten Jahr das Thema der Verkehre auf der **Hohenlohebahn** beschäftigen. Sollten neue Förderprogramme aufgelegt werden, müssten wir unsere Machbarkeitsstudie auf diese neue Situation anpassen. Eine Verbesserung der Verkehre wird es – so hoffen wir – schon durch die neue Ausschreibung der Verkehre durch das Land geben.
- Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
eine Hauptherausforderung ist eine Fragestellung, welche medial kaum problematisiert wird und die möglicherweise auch nicht im kommunalpolitischen Gesehen präsent ist. Ich

spreche hier über die enormen **Personalveränderungen in der Landkreisverwaltung**. Um nur einige wenige Zahlen zu nennen:

- Momentan arbeiten ca. 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landkreisverwaltung. In der Altersklasse deren, die in den nächsten Jahren in Ruhestand treten werden, arbeiten 226 Kolleginnen und Kollegen für das Landratsamt Hohenlohekreis. Die Anzahl der Nachwuchskräfte zwischen 26 und 35 Jahre beträgt 153 junge Kolleginnen und Kollegen. Insgesamt sind ca. 1/3 der Kolleginnen und Kollegen in Teilzeitmodellen.

Dies zeigt uns, dass die klassischen Verwaltungskarrieren immer weniger stattfinden, sondern neue Formen der Arbeit auch bei uns verstärkt nachgefragt werden. Wir müssen ein viel größeres Augenmerk auf die Entwicklung unseres Personals legen. Es wird uns schlichtweg nicht gelingen – vor allem auch im Hinblick auf die Vergütungssituation des öffentlichen Dienstes und des in unserer Region enormen Fachkräftemangels – auf dem Arbeitsmarkt für alle 226 altersbedingten Abgänge – dazu kommen ja auch noch viele weitere Veränderungen – geeignete Nachfolger zu finden. Wir müssen unser Personal selber entwickeln. Daher haben wir verschiedene Programme installiert:

- Mit dem Projekt Familienbewusst & Demografieorientiert haben wir zusammen mit dem Statistischen Landesamt eine Strategie entwickelt, um unsere Verwaltung in diesen Themen zukunftsfähig zu machen.
- Wir haben unser Ausbildungskonzept vollständig überarbeitet, von der Werbung bis zum Ablauf in den Ämtern.
- Zusammen mit der Führungsakademie BW organisieren wir ein Nachwuchskräfteprogramm, welches zum Ziel hat, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des gehobenen Dienstes und ähnlicher Laufbahngruppen eine Möglichkeit zur Kompetenzentwicklung zu geben. Die Rückmeldung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist überaus positiv.
- Im Jahr 2018 stehen die Führungskräfteentwicklung und das Wissensmanagement im Vordergrund.
- Leider müssen wir feststellen, dass die teuerste Personalentwicklung die ist, die man nicht macht. Es ist höchste Zeit, dass wir diesen Kurs beschreiten und ganz strukturiert unser Personal entwickeln. Der Personalhaushalt 2018 bietet

dagegen keine Überraschungen. Die Kostensteigerungen liegen unterhalb der Tarifsteigerungen, worin Sie erkennen können, dass wir – insbesondere im Flüchtlingsbereich – Personal einsparen. In der Zukunft wird es für uns als Kreis weniger spannend sein, welche Personalkosten wir ansetzen, sondern wie wir die geplanten Stellen überhaupt besetzt bekommen werden.

- Im Jahr 2018 werden wir auch entscheiden müssen, welchen Zeitplan wir für die zukünftige **Unterbringung der Landkreisverwaltung** zu Grunde legen. Der Handlungsdruck ist enorm, wenn man vergebliche Investitionen in die abgängigen Altgebäude vermeiden will. Solange wir jedoch durch den Ausgleich des Krankenhausdefizits finanziell derart gebunden sind, wird ein Baubeginn für ein neues Landratsamt sich immer mehr nach hinten schieben. In der Finanzplanung sehen Sie, dass wir momentan mit einem Baubeginn frühestens 2021 rechnen. Die restliche Finanzierung müsste dann in den Folgejahren dargestellt werden. Ich hoffe sehr, dass unsere Gebäudestruktur bis dahin durchhält. Auch hier muss uns klar sein: jedes Jahr, in dem wir nicht bauen, ist ein teures Jahr. Sowohl die Steigerung der Baukosten, wie der Unterhalt für fast 20 Landkreisgebäude ist am Ende immer teurer als eine Lösung aus einem Guss. Die Erfahrungen anderer Landratsämter, welche das Bau Thema hinter sich haben, sind überall identisch – die Bewirtschaftung der neuen Gebäude ist deutlich sinnvoller und kostengünstiger, als der Unterhalt der Altgebäude.
- Ebenfalls im nächsten Jahr müssen wir uns mit dem Thema **Digitalisierung** befassen. Wir liegen bei der Erhebung für einen Kreis Backbone auf der Zielgeraden. Es steht nun die Diskussion mit den Gemeinden an: wir müssen abstimmen, was Kreis aufgabe und was Aufgabe der Gemeinden ist. Klar ist nur, dass in anderen Landkreisen die Entscheidungen schon gefallen sind – teilweise sind Backbone Systeme schon in Betrieb. Es ist notwendig, im nächsten Jahr unseren Kurs klar zu ziehen, da in den nächsten Jahren umfangreiche Förderprogramme zu erwarten sind. Die Digitalisierung muss auch in unserer Kreisverwaltung einziehen, unsere Strategie hierzu wollen wir Ihnen 2018 vorlegen.

## 5. Kreisumlage

Die vielen Aufgaben, welche wir momentan zu schultern haben, kosten Geld. Zur Erfüllung unserer Aufgaben bleibt unserem Landkreis eben im Kern die Erhebung der Kreisumlage. Wir haben vor dem Hintergrund der stabilen Wirtschaftslage auf der gesamten kommunalen Ebene momentan weniger ein Einnahmeproblem, wir haben ein Ausgabenproblem. Hierzu habe ich ja schon Ausführungen gemacht. Zwar ist bei den Gemeinden die Steuerkraftsumme um 4 % gefallen. Gleichwohl liegen wir mit der Steuerkraft der Gemeinden für unseren Landkreis auf historisch hohem Niveau.

Vor dem Hintergrund des erfreulichen Abschlusses 2016 schlagen wir Ihnen vor, entgegen der Finanzplanung des Vorjahres keine weitere Erhöhung der Kreisumlage vorzunehmen und diese bei 36,5 % zu belassen. Darin enthalten sind ca. 3,5 % zur Abwendung der Insolvenz der Hohenloher Krankenhaus gGmbH und ein Zuschuss zur Zentralen Atemschutzwerkstatt in Künzelsau. Aus diesen beiden Gründen ist eine Senkung der Kreisumlage nicht darstellbar. Ich halte die Höhe der Kreisumlage daher für notwendig, auch wenn wir damit zur absoluten Spitzengruppe in Baden-Württemberg gehören werden. Durch den Rückgang der Steuerkraft der Gemeinden sinken die Einnahmen über die Kreisumlage in absoluten Zahlen um über 2 Mio. Euro. Wir liegen damit unterhalb der Finanzplanung des Vorjahres. Zudem sehen wir eine Neuverschuldung von 4 Mio. Euro vor.

Im Finanzplanungszeitraum sehen Sie, dass wir uns in Richtung Mindestliquidität bewegen werden, und unsere Verschuldung steigt. Auf den neuen Kämmerer kommen also gleich spannende Aufgaben zu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kreisräte,

wir müssen und wollen in die Zukunft sehen. Der heute eingebrachte Haushalt prägt das Bild unseres Landkreises von morgen. Und Beschlüsse zu fassen, etwas zu tun, damit es vorwärtsgeht, ist unsere Aufgabe, dafür haben die Bürgerinnen und Bürger uns gewählt. Es stehen zahlreiche Zukunftsaufgaben beim Hohenlohekreis auf der „To-Do-Liste“ der kommenden Jahre.

Es ist mit unsere Aufgabe, den Hohenlohekreis nach vorne zu bringen. Wir müssen zugleich den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen und Geschäftsinhabern etwas anbieten.

Wir haben es jetzt in der Hand, unseren Landkreis in der Zukunft aktiv mitzugestalten, bevor der Wandel der Zeit dies übernimmt. Als kleiner Landkreis haben wir vielleicht etwas weniger Mittel und Personal, aber mehr Kreativität, Spontanität und - so hoffe ich - auch mehr Mut.

*„Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“*

*Willy Brandt, deutscher Politiker*

Dank unserer gemeinsamen Bemühungen sind wir bisher in der Lage gewesen, große Herausforderungen zu meistern, zusammen haben wir die Weichen auf Zukunft gestellt. Wir haben auch unangenehme Wahrheiten ins Gesicht geblickt und die Probleme angepackt. Ich bin mir sicher, dass wir die Zukunft des Hohenlohekreises auch in den kommenden Jahren gut gestalten werden.

Danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**- Es gilt das gesprochene Wort -**